



Herrn Lars Klingbeil

Bundesminister der Finanzen
und Stellvertreter des Bundeskanzlers

Bundesministerium der Finanzen
11016 Berlin

Berlin, 10.07.2025

Bundshaushalt 2026:

Keine Zweckentfremdung von Klimaschutzgeldern – Mittel im Gebäudebereich stärken

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die aktuelle Haushalts- und Ausgabenpolitik stellt entscheidende Weichen für die zukunftsgerechte Modernisierung dieses Landes. Als Umweltverbände haben wir die Entscheidung für ein Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität als große Chance in diesem Sinne begrüßt.

Die bisherigen Planungen für den Haushalt und die Nutzung des Sondervermögens weisen aber leider in die entgegengesetzte Richtung: Es fließen insgesamt deutlich zu wenig neue Investitionen in klimaschutzrelevante Maßnahmen – wie sie für die Steigerung unserer Resilienz, einer größeren Unabhängigkeit von Energieimporten und insbesondere für das Erreichen der Klimaziele im Verkehrs- und Gebäudesektor dringend nötig wären. Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) wurde trotz der Zuflüsse aus dem Sondervermögen nicht so ausgestattet, dass der klimaneutrale Umbau unserer Volkswirtschaft möglich wird. Wir drohen beim globalen Megatrend der Elektrifizierung weiter abgehängt zu werden.

Mit großer Sorge beobachten wir zudem, dass Maßnahmen zur Senkung von Energiepreisen finanziell stets im KTF abgebildet werden und somit den ohnehin geringen Spielraum für Klimaschutzausgaben weiter beschneiden. Dies ist für die Senkung der Gasspeicherumlage im Haushalt 2025 der Fall – eine klimapolitisch kontraproduktive Maßnahme, die den fossilen Energieträger Gas anstatt den für die Transformation zentralen Strom vergünstigt. Dies läuft auch der Zweckbestimmung der KTF-Einnahmen aus dem Emissionshandel und Sondervermögen zuwider und schwächt den Hochlauf sauberer Anwendungen.

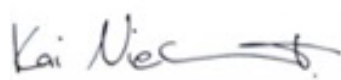
Nun soll auch die Senkung der Übertragungsnetzentgelte und weiterer Umlagen ab 2026 – veranschlagt mit 6,5 Milliarden Euro – aus dem Klimafonds beglichen werden. Dabei wird die Entlastung bei den Netzentgelten durch den Kostenwälzungsmechanismus nur zu einem geringen Teil bei den Verbraucher*innen ankommen, ohne Kosten strukturell zu senken. Die geplanten Eckwerte zur Entwicklung des KTF (2026-29) zeigen zudem, dass Investitionen zu Gunsten von konsumtiven Ausgaben zurückgehen und ausgerechnet beim Klimaschutz in Gebäuden im Durchschnitt rund 5 Milliarden Euro p.a. gespart werden sollen.

Dies wäre dreifach schädlich: für die Finanzierung von Klimaschutz insgesamt, für das Gelingen der Wärmewende insbesondere und für das Ziel, resilienter gegenüber der Abhängigkeit von fossilen Energieimporten zu werden. Wir fordern Sie daher dringend auf, die Mittel im Klima- und Transformationsfonds nicht zweckzuentfremden und klar auf klimawirksame Maßnahmen auszurichten.

Strompreissubventionen müssen als nicht-investive und wirtschaftspolitische Maßnahmen aus dem Kernhaushalt beglichen werden. Das anstehende Klimaschutzprogramm der Bundesregierung muss gerade im Bereich Gebäude/Wärme mehr wirksame Maßnahmen und mehr finanzielle Mittel vorsehen: für Sanierungen, klimafreundlichen Heizungstausch und auch effiziente Wärmenetze. Hier Kürzungen vorzunehmen, würde die Lücke zu den nationalen Klimazielen und europäischen Klimaschutzvorgaben noch weiter vergrößern und wäre sozialpolitisch sowie für die Akzeptanz von Klimaschutz ein fatales Signal.

Gerne stehen wir Ihnen für die Erörterung dieser Fragen und der auskömmlichen Finanzierung von Klimaschutz zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



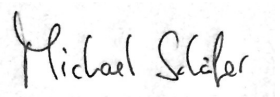
Verena Graichen
Bundesgeschäftsführerin
Politik BUND



Christoph Bautz
Geschäftsführender Vorstand
Campact



Christoph Bals
Geschäftsführender Vorstand
Germanwatch



Michael Schäfer
Geschäftsführer
GermanZero



Heike Vesper
Vorständin Transformation
WWF

Dieser Brief geht in Kopie an Ministerin Katherina Reiche und Minister Carsten Schneider.